

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

172. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 21. April 2005

Tagesordnungspunkt 10:

Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Ernst Burgbacher, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 23) zur Einführung eines Volksentscheids über eine europäische Verfassung** (Drucksachen 15/2998, 15/4796)

16157 D

Anlage 4

Zu Protokoll gegebene Rede

zur Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 23) zur Einführung eines Volksentscheids über eine europäische Verfassung (Tagesordnungspunkt 10)

Petra Pau (*fraktionslos*): Wir beraten heute zum wiederholten Male über das Thema Volksabstimmung und die Änderung des Grundgesetzes. Konkret geht es darum, den Weg für eine Abstimmung über den Vertrag zur Europäischen Verfassung frei zu machen

FDP und PDS wollen eine Volksabstimmung. SPD, die Grünen sowie die CDU/CSU sind dagegen. Dabei hätte alles so schön sein können; denn SPD und Bünd-nis 90/Die Grünen haben zu Protokoll gegeben, man „habe große Sympathien für das Anliegen“, Aber leider habe die CDU/CSU kein Angebot unterbreitet, das Plebiszite grundsätzlich ermöglicht. Die CDU/CSU gab zu Protokoll, man hege große „Sympathie für die Idee eines Volksentscheides über die EU-Verfassung“. Aber das europapolitische Gewicht Deutschlands erfordere Berechenbarkeit und klare Verantwortlichkeit.

Ergo: Unbändige Sympathie für mehr Demokratie, aber von Zuneigung keine Spur. SPD und Grüne haben damit ein weiteres Wahlversprechen beerdigt.